

Schiersteiner Zeitung

Blatts Blatt.



Anzeigen
Zahlen die einpaßige Kolonietele
oder deren Namen Nr. 6.30.
Reklamen Nr. 1.
Bezugspreis
monatlich Nr. 1.80, mit Bringer
lohn Nr. 2.— Durch die Post
bezogen Vierteljährlich Nr. 4.—
auswärtig Vierteljährlich.

Anzeigen-Blatt für

Schierstein u. Umgegend.

(Schiersteiner Anzeiger) (Schiersteiner Nachrichten) Schiersteiner Tagblatt
.. (Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederrheinische Zeitung) ..

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Gertrud Nr. 584.

Postische Konto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Gertrud Nr. 584.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Nr. 145.

Donnerstag, den 9. Dezember 1920.

28. Jahrgang

Millionengewinne auf Kosten des Reiches.

Wo das Geld der Steuerzahler bleibt.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages kam es bei der Beratung des Etats des Reichsschatzministeriums zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen über einen Vertrag, den die Deutschen Werke A.-G. in Spandau mit einem Herrn Richard Kahn abgeschlossen haben.

Diesem Herrn, der 29 Jahre alt ist, und keine eigene Firma besitzt, wird durch den Vertrag die kommissionsweise Verwertung sämtlicher in den Deutschen Werken freiverwendenden Werkzeugmaschinen und sämtlicher Spezialmaschinen für Kriegsgüter übertragen. Bei den Werkzeugmaschinen handelt es sich allein um ein Objekt von schätzungsweise 47.000 Tonnen. Nach den Darlegungen des Reichsschatzministers von Kaumer ist der Verrechnung der Maschinen, die als solche weiterverkauft werden, der doppelte Schrottpreis zugrundegelegt. Der beim Weiterverkauf erzielte Ueberpreis wird nach Abzug einer Provision von 5 bis 12 vom Hundert für Kahn zur Hälfte geteilt. Der sehr niedrig festgesetzte Schrottpreis ist inzwischen ganz erheblich gestiegen, nämlich bis zu 50 Prozent und darüber, so daß Kahn allein beim Schrotterverkauf Millionen verdient.

Seit größere Gewinne erzielt er beim Verkauf der Werkzeugmaschinen, bei dem es sich für das laufende Quartal unter Zugrundelegung des Verkaufspreises ein Ueberpreis von etwa 4 bis 6000 Mark pro Tonne ergibt. Der Verkauf von nur 10.000 Tonnen Werkzeugmaschinen weist für Kahn einen Gewinn in Höhe von 31 Millionen Mark ab. Dabei sind mit dem Vertrag noch zahlreiche Klauseln verbunden, die für Kahn besondere Vorteile in sich schließen.

Da der Vertrag in der Öffentlichkeit einen Sturm hervorgerufen hat, so ist versucht worden, ihn in einigen Punkten in einem für das Reich günstigen Sinne zu revidieren, doch wird im wesentlichen die hohe Verdienstmöglichkeit für den Vertragsgegner durch diese Änderungen nicht berührt. Bemerkenswert war in den Verhandlungen des Hauptausschusses die scharfe Stellungnahme des Reichsschatzministers gegen den Vertrag und die Direktion der Deutschen Werke, die ihn abgeschlossen und sich seitdem veranlaßt gesehen hat, von ihren Vertretern zurückzutreten. Die Angelegenheit dürfte die deutsche Öffentlichkeit noch längere Zeit beschäftigen.

Eine neue Protestnote.

Ententeverbot deutscher Ministerreden.

Die Entente hat in Berlin beim Auswärtigen Amt eine Note überreichen lassen, in der gegen die von den deutschen Reichsministern bei ihren Besuchen in Köln und Düsseldorf gehaltenen Reden Einspruch erhoben wird. In der Note wird die Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft derartige Kundgebungen deutscher Regierungsvertreter im besetzten Gebiet unterbleiben. Das Kabinett hat hierzu noch keine Stellung genommen.

Man erinnert sich des Widerhalles, den die Reden des Kanzlers und des Außenministers bei ihrer letzten Rheinlandreise in der Ententepresse gefunden hatten. Die Entente regierungen glaubten wohl, sich dem Bruch der öffentlichen Meinung nicht entziehen zu können und haben allem Anschein auf der letzten Konferenz in London die gemeinsame Note der Besatzungsmächte vereinbart, die jetzt durch die Ententebotschafter in Berlin überreicht worden ist.

Nachträgliches zur Kanzlerreise.

Im Anschluß an die Reise des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen ist, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ offiziell mitteilt, in verschiedenen Teilen des Reiches, insbesondere im Ruhrgebiet, Bedauern darüber laut geworden, daß die Reise nicht auch auf andere Gebiete ausgedehnt worden ist. So sehr der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen auch gewünscht hätten, gerade in das Rheinisch-westfälische Gebiet, als Zentrum der deutschen Arbeit zu reisen, um dort persönlich Land und Leute kennen zu lernen, so ließen es doch die in Berlin wartenden dringenden Arbeiten nicht zu, die Reise nach Bonn auszuweiten. Der Reichskanzler hat, daß

er ein anderes Mal auch die jetzt nicht vernünftigen Gelder besuchen und ihm zugegangenen Einladungen Folge leisten kann.

Eine Brüsseler Konferenz ohne Deutsche.

Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der Beschluß der Konferenz der alliierten Minister in London bezüglich des deutschen Schadenersatzes folgendermaßen lautet:

Die finanziellen Sachverständigen der Alliierten werden sich ohne die deutschen Sachverständigen in der nächsten Woche nach Brüssel begeben. Ein Bericht über diese Konferenz wird sofort den verschiedenen Regierungen mitgeteilt werden. Darauf wird eine zweite Konferenz der Sachverständigen mit den Deutschen stattfinden, in der alle Fragen des Schadenersatzes eingehend beraten werden sollen. Die alliierte Wiedergutmachungskommission wird dann den von den Deutschen zu zahlenden Betrag und die Zahlungsmittel in Uebereinstimmung mit dem Versailleser Vertrag feststellen. Schließlich wird der Oberste Rat zusammentreten, um die Ausführung der endgültig festgesetzten Regelung zu sichern.

Es wäre nicht unwahrscheinlich, daß die Zusammenkunft in einer anderen Stadt als Brüssel stattfinden wird. Die Alliierten wünschen, die Frage des Schadenersatzes so bald wie möglich zu einer endgültigen Lösung zu bringen.

Die Krise im Völkerbund.

Argentinien hat an seiner Abgabe fest.

Der argentinische Zwischenfall ist nunmehr nach außen hin erledigt. Die Völkerbundversammlung hat die Entlassung der argentinischen Delegation schweigend entgegengenommen und dann die Änderungsanträge Argentiniens, die auf einen Ausbau des Völkerbundes zu einer wirklichen, alle Staaten umfassenden Gesellschaft der Nationen hingingen, derselben Kommission übergeben, der bereits die Bearbeitung der skandinavischen Änderungsanträge übertragen worden. Damit ist die Erörterung der Vorschläge bis zur nächsten Völkerbundtagung im Sommer 1921 vertagt.

Der Konflikt ist damit an und für sich beigelegt. Welche Wirkungen aber er noch zeitigen wird, läßt sich heute noch gar nicht übersehen. Zunächst ist die künftige Stellung Argentiniens selbst gegenüber dem Völkerbund vorläufig sehr unklar. Zwar hat bekanntlich Minister Pueyrredon, der mutige Vertreter der argentinischen Sache in Genf, selbst erklärt, daß das Fortbleiben seiner Delegation von den Arbeiten des Kongresses nicht den Austritt Argentiniens aus dem Völkerbunde bedeute, und dieser Standpunkt wurde übereinstimmend auf den Artikel 1 des Statuts zurückgeführt, welcher bestimmt, daß jedes Mitglied nur nach einer zweijährigen Kündigungsfrist aus dem Bunde ausscheiden kann und auch dann nur unter der Bedingung, daß es in diesem Zeitpunkte alle seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe. Nun gibt es aber im Völkerbundstatut noch einen anderen Artikel, der sich mit dem Austritt eines Mitgliedes beschäftigt, nämlich Artikel 26. Der zweite Absatz dieses Artikels bestimmt, daß es jedem Mitgliede des Bundes freisteht, etwaige Änderungen des Statuts, die durch den Rat und die Versammlung angenommen worden sind, nicht anzuerkennen, und daß dieses Mitglied dann aufhört, am Völkerbunde teilzunehmen. In diesem Falle kommt also eine Kündigungsfrist nicht in Betracht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 8. Dezember 1920.

Dem Demokratischen Parteitag in Nürnberg liegt unter anderem ein Antrag des in Chemnitz-Ausau gewählten Reichstagsabgeordneten Brodau vor, der Deutschen Demokratischen Partei den Namen „Deutsche Fortschrittliche Volkspartei“ zu geben.

Nach dem Bericht des Finanzausschusses des Braunschweigischen Landtages wird der Fehlbetrag im Staatshaushaltsplan 1920-21 23 Millionen Mark betragen.

Polnische Spionage in Deutschland. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die polnische Propagandaaktivität in vielen Gegenden Deutschlands in letzter Zeit bedenklich zugenommen. Zahlreiche neue polnische Vereine sind entstanden. Unter den neugebildeten nehmen die Sozial-Vereine und die „Fürsorgevereine für Oberschlesien“ die erste Stelle ein. Vereinigt ist versucht worden, Stimmen für Polen käuflich zu erwerben. Als Urkunden Abstammungsbescheinigungen

unrechtmäßig anzueignen, Waffen aufzukaufen und diese in größeren Mengen nach Polen zu schaffen. Wiederholt wurde beobachtet, daß Hausierer und polnische „Flüchtlinge“ das Land bereisen und systematisch von der Teilnahme an der Abstammungsfahrt abreden. Polnische Spionagebureaus, die im Dienste Konstantin stehen, befinden sich nach zuverlässigen Mitteilungen in Breslau, Götting, Frankfurt a. O., Schneidemühl, Stettin, Bremen, Duisburg, Dortmund und Hamm. Allen für die Volksabstimmung in Oberschlesien tätigen Anverwandten und Einzelpersonen wird deshalb ganz besondere Vorsicht in Bezug auf die Aufbewahrung der Akten und Urkunden der Abstammungsbescheinigten dringend empfohlen.

Die bayerische Regierung hat verfügt, daß, um irgendwelche Unbotmäßigkeiten oder Volkshewerungsabsichten der in Bayern internierten Russen zu verhüten, die Russen die Lager nicht verlassen dürfen, daß Urlaub nicht erteilt werde und vor allem, daß sie nicht in landwirtschaftlichen Betrieben untergebracht werden, wie dies während des Krieges zur Zeit des Landarbeitermangels der Fall war. Diese Maßnahme der bayerischen Regierung ist der Sowjetregierung in Moskau berichtet worden, die daraufhin als Gegenmaßnahme verfügt hat, daß die bayerischen Kriegsgefangenen in Russland nicht zurücktransportiert werden, bevor die bayerische Regierung ihre Maßnahme zurücknimmt. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, daß die Sowjetregierung bereits auf dem Transport befindliche bayerische Kriegsgefangene, — man spricht von 80 bis 100 — zurückgehalten habe, weil Moskau gemeldet wurde, daß die in Bayern internierten Russen schlecht ernährt und nicht zweckentsprechend behandelt würden. Die bayerische Regierung hat bei der Reichsregierung Protest erhoben und diese wiederum in Moskau. Ob und welchen Erfolg dieser Protest haben wird, ist noch nicht bekannt.

Einmütige Ablehnung des Abstimmungsorschlags für Oberschlesien. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich am Dienstag mit der Antwortnote auf den englischen Vorschlag über die Abstimmung in Oberschlesien. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Sie ergaben gegenüber dem Vorschlag des englischen Premierministers die folgende Einmütigkeit: — Die in Bayern lebenden Oberschlesier haben an die Reichsregierung die dringende Bitte gerichtet, die neue Forderung der Entente mit aller Entschiedenheit abzulehnen und auf der Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu bestehen.

Zuchthaus für Schleichhandel. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einem Gesetzentwurf über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel usw. und den dazu gestellten Anträgen. Angenommen wurde § 1, der lautet:

„Wer sich des Schleichhandels, einer vorsätzlichen Preisverhinderung oder einer vorsätzlichen verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände schuldig macht, wird in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus von 1—15 Jahren und Geldstrafen von mindestens 20.000 Mark bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.“

Ein demokratischer Antrag, wonach Zuwendungen von rationierten Lebensmitteln an Gasthäuser nicht so schwer an den Gastwirten geahndet werden sollen, wurde abgelehnt, eine Bevorzugung der Gastwirte darf also nicht stattfinden. Ferner wurde der § 2 in folgender Fassung angenommen:

„Als besonders schwerer Fall ist insbesondere anzusehen, wenn der Täter aus Habgucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt, wenn der Täter durch Preisverhinderung aus Habgucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet, und wenn es der Täter unternimmt, Vieh, Lebensmittel, Futtermittel oder Düngemittel ins Ausland zu verschleusen, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt.“

Selbstverwaltung der Domänen. Bisher waren die Staatsdomänen immer verpachtet worden, die Selbstbewirtschaftung durch den Staat fand nur ausnahmsweise statt und zwar meistens nur vorübergehend, um neuverworbene Domänen für die Verpachtung herzurichten oder um heruntergewirtschaftete Domänen wieder vor ihrer Verpachtung in Kultur zu bringen. Nunmehr hat die preussische Staatsregierung der Landesversammlung einen Gesetzentwurf unterbreitet, demzufolge die Selbstbewirtschaftung geeigneter Domänen im Gesamtumfang bis zu 30.000 Hektar geplant ist und dazu 180 Millionen Mark angefordert werden. Die gesamte Selbstbewirtschaftung soll eine Organisation privatrechtlicher Art darstellen, der die Aufgabe übertragen wird, für Rechnung des

Staates Domänen zu besteuern. Es ist daher in Aussicht genommen, für die praktische Durchführung der Selbstbewirtschaftung von Domänen vom Preussischen Staate unter Mitwirkung der Seehandlung eine Aktiengesellschaft (Preussische Domänen-Treuhand-Gesellschaft) mit einem eigenen Kapital von etwa 100 000 Mark zu gründen und ihr die Bewirtschaftung von Domänen für Rechnung des Staates zu übertragen. Im großen ganzen ist beabsichtigt, die Tätigkeit der Treuhand-Aktiengesellschaft auf die Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und die verbliebenen Teile von Westpreußen und Posen zu beschränken.

Der erste Kongress der Auslandsdeutschen hat soeben unter großer Beteiligung aus sämtlichen Teilen Deutschlands in Hamburg stattgefunden. Der Bund, der von der Regierung als Selbstverwaltungskörper und Interessenvertretung der Auslandsdeutschen anerkannt ist, vertritt die materiellen Interessen der Auslandsdeutschen und ist offiziell mit der Prüfung der Vorentscheidungen betraut. Außerdem will er, wie der Hamburger Kongress ergab, darüber hinaus die kulturelle und zivilisatorische Bedeutung des Auslandsdeutstums zur Geltung bringen. Er verlangt daher staatliche Unterstützung beim Umzug, Gewähr für freie Rückkehr ins Ausland, Wiederaufbau und Pflege der deutschen Schulen, Missionen, Hospitäler, Kirchen und wissenschaftlichen Institute im Ausland, Heranziehung von Auslandsdeutschen zur Bearbeitung der sie berührenden Fragen und aktives sowie passives Reichstagswahlrecht für die Auslandsdeutschen. Der Reichspräsident hat dem Kongress telegraphisch sein warmes Interesse für die Entwicklung des Auslandsdeutstums, dessen hervorragende Bedeutung für die Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaft er voll würdige, zum Ausdruck gebracht.

Nachtritt des Bremer Senats. Der aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei bestehende Bremer Senat ist auf Grund eines einstimmig gefassten Beschlusses zurückgetreten, weil er bei dem Verhalten der sozialistischen Mehrheit der Bürgerschaft die Geschäfte nicht weiter führen zu können glaubt. Nach der bremischen Verfassung kann in solchem Falle ein Drittel der Bürgerschaft verlangen, daß ein Volkssentscheid darüber herbeigeführt wird, ob der Senat zurücktreten oder die Bürgerschaft neu gewählt werden soll. Dieses Verlangen ist von den bürgerlichen Mitgliedern der Bürgerschaft gestellt worden. Bis zu diesem Volkssentscheid führt der bisherige Senat die Geschäfte weiter.

Der neugewählte schiffische Landtag hat den mehrheitssozialistischen Volkskammerpräsidenten Abg. Fröhlich zum Präsidenten wiedergewählt.

Die Frage der Selbstbewirtschaftung der Domänen wurde in der Preussischen Landesversammlung bei der Beratung des Domänenetats eingehend erörtert. Nach längerer Aussprache wurde der Gesetzentwurf an den Hauptausschuß verwiesen. In der Abstimmung wurde der Domänenetat in zweiter Lesung bewilligt. Der Antrag der Unabhängigen über die Abänderung der Rechtschutzordnung wurde angenommen, ebenso der demokratische Antrag auf Entziehung des Pachtzinses durch Naturalleistung. Bei dem Haushalt der Aufstellungskommission für Westpreußen und Posen verlangt der Abg. Dr. Veldig (D. Sp.), daß unsere Beamten nicht die Auffassung vertreten, daß der Grenzstrich schon gezogen ist und unsere Landbesitzer jenseits nichts mehr angehen. Sie seien vorläufig verloren, aber nicht vergessen. Der Haushalt der Aufstellungskommission wurde gleichfalls bewilligt.

Gegen passive Resistenz.

Die Reichsregierung an die Beamten. Angesichts der in den letzten Tagen eingetretenen passiven Resistenz einiger Gruppen von Beamten rich-

tet die Reichsregierung einen solchen Ausbruch der Beamten, in dem sie klar zum Ausdruck bringt, bringt, daß sie keinen Unterschied zwischen Streik und Arbeitsunlust anerkennt und in beiden Fällen mit aller Schärfe gegen die Beamten vorgehen wird.

Die Reichsregierung wiederholt in einer amtlichen Veröffentlichung die Erklärung, die von der preussischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung (Bauer) am 20. Februar 1920 abgegeben wurde.

In dieser Erklärung wird das uneingeschränkte Koalitionsrecht aller Staatsarbeiter und Beamten ausdrücklich anerkannt, andererseits aber auch betont, daß mit dem Begriff des Koalitionsrechtes das sogenannte „Streikrecht“ nicht untrennbar verbunden ist. Dann heißt es dort weiter:

„Der Streik ist nur eines der Mittel, die Erlangung besserer wirtschaftlicher Bedingungen durchzusetzen. Nicht das einzige zu diesem Zweck. Dafür, ob dieses Mittel angewendet werden darf, sind die aus dem Dienstverhältnis sich ergebenden Rechte und Pflichten entscheidend. Ist damit die gemeinsame Arbeitsunterbrechung nicht vereinbar, so ist dem Koalitionsrecht das sogenannte Streikrecht nicht verleiht. In ihrer Anwendung auf das Beamtenverhältnis führen diese Grundsätze dazu,

daß der Beamte nicht streiken darf. Das Beamtenverhältnis ist ein Treuverhältnis. Da der Staat ohne die Beamten ein geordnetes Leben nicht führen und überhaupt seinen Willen nicht äußern kann, muß er mit den Beamten ein Verhältnis eingehen, das diese zur völligen Hingabe an den Staat verpflichtet. Dieses Treuverhältnis tritt auch dadurch in Erscheinung, daß der Beamte einen Dienstleid leistet.

Die Eigenart des Beamtenverhältnisses kommt in wesentlichen Bestimmungen des Beamtenrechts zum Ausdruck. Mit Rücksicht auf die ihm der Allgemeinheit gegenüber obliegende Pflicht ist dem Beamten das Recht verweigert, sein Amt willkürlich zu verlassen. Demgemäß ist auch die Weigerung des Beamten auf Weisung angesetzt und kann nur im Wege des gesetzlich geregelten Disziplinarverfahrens entlassen werden. Ferner sind die Rechte des Beamten auf ein bestimmtes Gehalt, auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gesetzlich geregelt und durch die Reichsverfassung besonders geschützt. Bei diesem besonders gearteten Verhältnis von Rechten und Pflichten

bringt mithin ein Beamter, der streikt, seinen Eid und verletzt die Amtspflicht, die er übernommen hat. Das Streiken stellt sich als unentschuldigtes Fernbleiben vom Amte dar und hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Dienstverhältnisses verlustig geht, auch hat er die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen.“

Rein Unterschied zwischen Streik und passiver Resistenz.

Zu dieser Erklärung bemerkt die Reichsregierung, daß sie keinen Unterschied zwischen dem Fernbleiben von der Arbeitsstätte, zwischen Streik und sogenannter passiver Resistenz anerkennen kann. In allen diesen Fällen verleihe der Beamte die ihm obliegende Dienstpflicht. Infolgedessen hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen.

Verabschiedung der Beamtenbesoldungsnebeln von Weihnachten.

Nach einer Vereinbarung der Parteien des Reichstags und der preussischen Landesversammlung werden die Beamtenbesoldungsnebeln für das Reich und Preußen bis Mitte Dezember nach den Ausschussbeschlüssen en bloc angenommen werden. Auch der Entwurf über die Erhöhung der Kinderzulagen wird bis zu diesem Termine verabschiedet werden.

Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

Am Mittwoch wurden im Reichstag zwischen den Eisenbahnerverbänden und den Vertretern der beteiligten Reichsminister neue Verhandlungen geführt. Bekanntlich hat der deutsche Eisenbahnerverband eine Erhöhung der Kinderzulagen verlangt und

eine erhöhte Teuerungszulage mit 10% Zuschlag, schließlich der unterbezahlten, gefordert.

Die Postbeamtenbewegung in Baden.

Eine große Versammlung der Postbeamten in Karlsruhe beschloß einstimmig, so lange genau nach den Dienstvorschriften weiterzuarbeiten, bis die Regierung den Postbeamten das nächste Vierteljahresgehalt schon fest ausbezahlt. Bevor dies nicht geschehen ist, werden die Postbeamten den Dienst nicht wie vorher versehen. Durch die Stellungnahme der Postbeamten erleidet der Postverkehr auch weiterhin sehr erhebliche Verzögerungen, was sich besonders einschneidend im Postverkehr bemerkbar macht. In Heidelberg und Pforzheim ist die Bewegung in ruhige Bahnen geleitet.

Regierungskrise in Preußen?

Ausgang der Mehrheitssozialisten aus dem Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung haben die Mehrheitssozialisten die weitere Mitarbeit wegen einer Meinungsverschiedenheit mit den bürgerlichen Parteien eingestellt.

Bei der Beratung des Haushalts der Finanzverwaltung hatte Finanzminister Lüdemann erneut die Aussetzung der Verhandlungen über das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz verlangt, bis darüber Klarheit geschaffen sei, daß das Grundsteuergesetz und das Ausführungsgesetz gemeinsam beraten werden. Er berief sich dabei auf einen Kabinettsbeschluss. Den Gemeinden könnten aber das reichsrechtlich garantierte Maß keine Einnahmen überwiesen werden, so lange der Staat keine neuen Steuern habe. Offenbar möchte der Finanzminister die neue Grundsteuervorlage gleichzeitig mit seinem Etat verabschiedet sehen, um auf diese Weise mit den neuen Ausgaben auch die Mittel zu ihrer Deckung zu haben. Die Mehrheitssozialisten unterführten die Darlegungen des Ministers.

Zentrum und Demokraten sprachen sich dagegen aus, da sie anscheinend nicht gewonnen sind, das Grundsteuergesetz mit seiner schweren Belastung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes ohne eingehende Beratung Hals über Kopf zu verabschieden. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen. Schließlich wurde mit allen bürgerlichen Stimmen beschlossen, die Beratung fortzusetzen. Darauf erklärten die Mehrheitssozialisten, sie würden an den Beratungen nicht mehr teilnehmen, und verließen die auf einen „Horchposten“ den Saal. Die Beratung wurde dann abgebrochen.

Schon seit mehreren Monaten ist das Verhältnis der drei Koalitionsparteien lange nicht mehr so freundschaftlich als vordem. Zumal nach den Reichstagswahlen im Juni und dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung machte sich auch unter den preussischen Mehrheitssozialisten immer mehr die Regung bemerkbar, einen eigenen Weg zu gehen und die anderen Regierungsparteien unter ihren Willen zu zwingen.

Diesmal ist es nun im Hauptausschuß zu einem ersten Zusammenstoß gekommen, der leicht hochpolitisch als vordem. Zumal nach den Reichstagswahlen im Juni und dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung machte sich auch unter den preussischen Mehrheitssozialisten immer mehr die Regung bemerkbar, einen eigenen Weg zu gehen und die anderen Regierungsparteien unter ihren Willen zu zwingen.

Wettervorhersage für den 10. Dezember.

Wolkig, bis bedeckt, vielerorts Niederschläge, Temperaturen über 0 Grad, südwestliche bis westliche Winde.

TRAURINGE

Fugelos, mod. Kugelform, in matt und glanz, in 8-, 14-, 18- und 22-kar. Gold
von Mark 30.— an.

Juwelier Singer

Langgasse 4 WIESBADEN Telefon 840

Die wahre Liebe opfert sich.
Roman von Erich Friesen.
(Nachdruck verboten.)
22)
„Mein Gott, bist du schwerfälliger!“ spöttelte Madame, indem sie vom Divan emporsprang und mit beiden Füßen aufstampfte, wie ein ungezogenes Kind. „Was ist da noch zu überlegen? Du gibst selbstverständlich deine Einwilligung zu einer baldigen Heirat dieser Detlevsen nicht! Und wenn sie dann mit der Heirat warten wollen, bis Hans-Joachim sechsundzwanzig Jahre alt ist, so wird auch noch irgend etwas herauszuknobeln sein, was die Verbindung unseres Herrn Stiefsohnes mit diesem Mädchen unpassend erscheinen läßt — Familie, Vorleben oder so was — so daß uns dann, wenn wir es richtig anfangen, die Erbschaft ganz von selbst zufällt. Wären also die beiden machen, was ihnen beliebt! Entweder sie verzichten aufeinander, wenn die Liebe —“ spöttisch lachte Madame auf — „doch nicht gar zu heiß ist... Oder sie heiraten gegen deinen Willen — und die Erbschaft kriegen wir. Weiß nicht einmal was mir lieber wäre. Geld kann man zwar nie zuviel haben! Aber deinen hochnäsigen Herrn Stiefsohn, der mir kaum die nötigste Höflichkeit erweist, der mir sogar manchmal ganz offen Mißachtung zeigt — den möchte ich einmal so recht gedemütigt zu meinen Füßen —“
Ihre Stimme versagte vor Wut.
Baron Elmar v. Berkwitz aber blinnte immer entsetzter drein. War diese Furie mit den hochgestellten Zügen, den geballten Fäusten, der schrillen, nervenerregenden Stimme seine angebetete Vaso? Oder hielt ihn ein böser Traum in seinem Banne? ...
Madame sah plötzlich ein, daß sie zu weit gegangen war.
„Elmar! Mein armer, armer Elmar!“

„Sie in den süßesten Schmeicheleien, ihn wie mit Rahnpförtchen streichelnd. „Merkt du denn gar nicht, daß deine kleine Frau nur einen Spaß gemacht hat? Einen von den vielen Späßen, die du so sehr liebst?“
Sie lehnte ihre sammetweiche Wange an seine Wange, wie stets, wenn sie etwas erreichen wollte — gewärtig der gewohnten Diebstahl und des blinden Unterwerfens unter ihre Wünsche.
Doch merkwürdig. Heute erfolgte nichts dergleichen. Baron Elmar v. Berkwitz's Denken war zu schwerfällig, sein Erbgriff vieldeutig auch zu entwickelt, um sofort den unangenehmen Eindruck abzuschütteln, den das Gebahren seiner Gemahlin in ihm geweckt hatte. In diesem Augenblick fühlte er sich fast abgeschnitten von ihr. Ohne etwas zu erwidern, ließ er Volo draußlos schreien: daß sie versuchen werde ihre gerechte Antipathie gegen jene Verbindung zu bekämpfen... daß sie Ruth alles Gute wünsche... daß sie sogar deren Mutter aufsuchen wolle und ähnliche schöngedrehte Phrasen mehr...
Als sie jedoch merkte, daß sie heute mit all diesen kleinen Machinationen nichts bei ihrem Gemahl erreichte, zog sie ein Schmollmündchen, gab ihrem „lieben Diakopf von Mann“ einen schäfernden Klaps und trippelte wieder aus dem Zimmer.
Wackerlich mit sich und der ganzen Welt setzte sie in ihrem langen Schleppgewand durchs ganze Haus, treppauf, treppab — überall Angst und Schrecken verbreitend. Friedrich, des Barons Kammerdiener, kniete bei ihrem Nähen zusammen wie ein Taschmesser; Jeanette zitterte am ganzen Leibe, und die übrige Dienerschaft nahm schleunigst Reißaus oder drückte sich scheu in die Wände.
„Madame ist ungnädig! Reht euch in Acht!“
Nur Ruth selbst blieb unberührt von der Wut der Baronin — sie, die doch die glänzendste Romanfigur der Zeit war. Sie saß da und dachte nach.

Ihre Einwilligung zu einer raschen Heirat gegeben hatte, fühlte sie sich gegen jede Bosheit gewappnet.
Auch heute sah sie gleichmütig unten im Empfangsalon am dem kleinen, perlmuttereingelagerten Schreibtisch aus Rosenholz und kopierte für die Baronin ein Anzahl Briefe.
Madame benutzte die günstige Gelegenheit, um in dem Zimmer ihrer Gesellschafterin ein wenig herumzuspionieren.
Die Schubladen waren alle unverschlossen. Ruth trauen war einer so offenen und ehrlichen Natur wie Ruth fremd.
Madame zog die oberste Schublade auf.
Ihr Blick fiel auf Hans-Joachims Bild. Mit 16 Jahren war er ein hübsches Kind, so es beiseite.
Eine Schreibmappe kam zum Vorschein.
Madame öffnete sie und erblickte ein offenes Kuvert mit einem Brief darin.
Diskretion war nicht Madames Haupttugend. Madame zog deshalb den Brief aus dem Kuvert und las zuerst die Unterschrift.
„Ah, von der Mutter!“
Madame war lebhaft interessiert, zumal ihre Gesellschafterin von ihrer Familie wenig sprach. Madame beschloß also, von dem Brief mehr als nur die Unterschrift zu lesen.
Nach einem verächtlichen Blick auf das billige Briefpapier und die schwerfällige, ungeschickte Handschrift zifferte sie mühsam die beiden engbeschriebenen Seiten.
Es waren schlecht stilisierte ungeübte Sätze, ebenbürtig, wie die Handschrift.
Und doch schien Madame befriedigt. Denn als den Brief wieder ins Kuvert steckte, ihn in die Schreibmappe zurücklegte und die Schublade zumachte, funkelten ihre Augen wie die eines Raubtieres, und ihre Lippen umspielte ein grausames Grinsen.
(Fortsetzung folgt.)

* **Meldefschluß für die Frankfurter Frühjahrsmesse.**
Das Komitee für die Frankfurter Internationalen Messen bittet uns bekanntzugeben, daß der Meldefschluß für inländische Aussteller für die Beteiligung an der Frühjahrsmesse 1921 auf den 31. Dezember dieses Jahres festgelegt worden ist. Es liegt im Interesse der Aussteller, die Anmeldung möglichst frühzeitig zu bewirken.

•• **Mraubmord an einem Greise.** Bei dem 70 Jahre alten, armen und gebrechlichen Pfandinhaber Herzog in Mittelsieben, Bavern, schlichen sich die Burschen abends ein und ermordeten ihn durch Erdrosseln, obwohl er flehentlich bat, ihn am Leben zu lassen. Die Verbrecher sind gefänglich. Sie haben die Tat in der Absicht verübt, sich Mittel für ein flottcs Leben zu verschaffen, haben aber bei ihrem Opfer nur fünf Mark vorgefunden.

18



Das ist ja der Unterschied

Dr. Gennert's **Nigrin**
daß **Schuhputz**
mit Bänderole nur reines Terpentinöl enthält,
während billiger Kreml Wasser oder Ersatzstoffe
zugelegt sind.



Trauringe in all.
Preislisten stets vor-
rätig, p. gr. v. 30 A an.
K. Steinheimer, Zellstr. 7.

Wer sparen will
bringe alte Herren-Hüte zum Umpressen, Reinigen u. zur Wiener Damenhut-Fabrik.
Bekannt erstklassige Verarbeitung.
Annahmestelle: **Karl Renkert, Mainz**, Kleine Langgasse 6, Ecke gr. Langgasse. Tel. 1498.

**Kartoffelmehl, Reismehl, Maismehl, Grün-
kernmehl, Paniermehl, Perlago, Gustin**
sowie sämtliche **Bäckartikeln** eingetroffen in der
Drogerie Nicolaus Schollmayer, Mainz,
Augustinerstraße 39

Türen und Eisenträger
neue und gebrauchte
jeder Art, Fenster, Treppen, Hallen, Bad- und Schwimmbecken
Gips- und Zementplatten, Kalk- und Zementsteine u. Gipsarbeiten,
Dachziegel, Schiefer u. c. verkauft stets neu u. gebraucht **Grill**,
Mainz, Jakob Dietrichstraße Nr. 1, Ecke Marktstraße, Telefon 1894.
Auch Ankauf.

Anzugstoffe
mit **Sergefutter**,
gute Qualität, zu verkaufen
Näh. in der Geschäftsstelle.
Zur Führung der Bücher
wird für einige Stunden am
Tage ein durchaus zuver-
lässiger, vertrauenswürdiger
Herr sofort gesucht.
Offerte u. A. 520 an die
Exped. d. Bl.

Pelzwaren
in eigener Werkstatt hergestellt
empf. preiswert.
Franz Unger, Kürschner,
Mainz, Marktstraße 1, parterre

Neu eingetroffen!
la Limburger Käse 1/2 Pfd. 4.50
Kollmops Stüd 1.35
Bismarckheringe 1.35
Nordamerik. Schmalz
blütenweiß 20.50
la Speise-Öl Liter 27.50
Indischer Perlago Pfd. 5.20
Macaroni Pfd. 13.—
Macaroni-Rudeln 13.—
cond. gez. Vollmilch 12.75
Haferflocken für Kinder 4.—
Reis 5.50
Erbsen, grüne u. gelbe 3.60
Bohnen, bunt u. weiß 2.50
Linsen, kleine 4.25
la Kaffee 1/2 Pfd. 8.—
Hafelnüsse 1/2 Pfd. 8.25
Hafelnüßkerne 1/2 Pfd. 8.25
Hühner-Futter 1.80
Hundefutter 2.20
Büchlein zu 3 50 u. 5.20
bei mehr Lilliger.
Schuhercreme Nigrin Dose 2.75
in schwarz, braun, gelb u. weiß
Schuhercreme Sport Dose 1.50
Große Auswahl in Zigaretten,
Tabak und Zigarren.
Für Wiederverkäufer billiger.
empfiehlt

Kaufhaus Knab.
Ein noch nicht getragener
Theater-Ühal
(Spannspitze) u. Seide
für eine Bluse billig zu ver-
kaufen.
Karlsstraße 20.
Schöne
Christbäume
billig zu verkaufen.
Karl Wehnert
Bindenstraße 13.
1 fein, schw. Tuchüberzieher
(mitl. Figur), 1 hell, fein
Filzhut (57), 3 Paar
Wiedl.-Handsch. f. Herrn,
dunkelbl. Cheviotmantel, neu,
f. 9-11 J., 2 Knaben passend,
2 Mädchen, 2 Südwesten, weiße
Kinderwäsche, 1 P. f. 1.
Chevr. Schürze (Maßarbeit) zu verkaufen.
Schmunt, Bahnhof.

Für Wirte! Mainzer Weinstangen kristallhelles Glas Halbrippenschliff mit
(schweres schlesisches Fabrikat) dickem Boden Stück
geeicht 0,4—

6⁷⁵ Paul Ganserer
empfiehlt **Mainz, Markt 17, Ecke Mailandgasse**

**Ein Geheimnis.
Nur für Herren!**
Meine enorme Leistungsfähig-
keit begründet sich durch:
geringste Spesen; keine Ladenmiete;
kein Geschäftsluxus; kein Verschleßen
im Schaufenster. — Dagegen: Größte
Auswahl; persönliche Bedienung;
billigste Preise.
Paletots, Ulster, Raglans
1- und 2-reihig, in allen Farben und Qualitäten
von **Mk. 180.—** an bis zu elegantesten
Herren- und Jünglings-Anzüge
von einfachsten bis modernen und feinsten
Stoffen von **Mk. 250.—** an
Arbeits- und Sonntagshosen
aller Größen, gute Ware, für Herren
von **Mk. 58.—** an
Jünglingshosen, Lodenjoppen, Sportjoppen
Bozener Mäntel, Gummi-Mäntel, Capas
Erstes Mainzer
Monatsgarderobenhaus
Schusterstraße 34, I. **MAINZ** Schusterstraße 34, I.
Kein Laden! Keine Filiale am Platz
Prinzip: Kleinste Spesen!
Kleinster Nutzen!
Auswärtige Kunden erhalten bei Kauf eines Anzuges
oder Paletots Fahrgeld bis zu zehn Mark vergütet.
Erstes und ältestes Spezialtagengeschäft am Platz.

Bitte lesen!
**Weihnachts-
Spielsachen**
jeder Art
spottbillig!!
Reiche Auswahl,
gebraucht, jedoch wie neu
Solange Vorrat reicht!
Puppen, Holländer, Spiele.
Photographapparate,
Puppen-Küchen, Autos
Eisenbahnen, Pferdchen
usw.
Altwaren-Haus
Ullmann, Mainz,
7 Rechengasse 7
Sonntags von 12-6 Uhr
geöffnet:
Künstl. Blumen
für Vasen und Spiegel,
Brautkränze
v. M. 12 an, beste Ausführung.
Silberhürbe zu Geschenken.
B. von Santen,
Wiesbaden,
47 Friedrichstraße 47

Hut-Spautz
Herrenhüte
aller Art, **MAINZ**,
Gr. Bleiche 20.
Telefon 3385. Eigene
Reparaturwerkstätte.

**Praktische
Weihnachtsgeschenke**
in Lederwaren.
Damentaschen, Brieftaschen,
Scheintaschen, Portemon-
nais, Cigarren- und Ci-
garettentuis, Schürzen
und Büchermappen, Altken-
nismappen, Koffer und Reise-
taschen, Ausfäde und Ga-
mache in soliden Aus-
führungen zu billigsten
Preisen empfiehlt
Herm. Rump,
Wiesbaden, Moritzstraße 7.
Bei Lederzugabe Anfertigung
aller Artikel in eigener
Werkstatt.

Alle Gravierungen, Siegelmarken
Schilder
STEMPEL
fertigt rasch **H. Götzen**,
Wiesbaden,
Langgasse 37. Telefon 2426.

Für Weihnachten!
Reiche Auswahl in sämtlichen
Solinger Stahlwaren
empfiehlt sehr preiswert in guter Qualität
Allons Alberti Nachf.
Richard Melcher & Co. 33.
Wiesbaden, Bleichstr.
Solinger Reparatur-Werkstätte: Kohlschellerstr. 11; Pollerstr.



**Schul-
ranzen**
Größte Auswahl
Billigste Preise
Lieferung
Spezialfabrik
A. Leisner, Wiesbaden, Fontbrunnent.
Otto Pröger, Wiesbaden
Färberei und Chem. Waschanst.
Fabrik Webergasse 38 — Laden Rheinstr. 10
Wiesbaden
Telephon 4786
empfiehlt sich im Färben und Reinigen
Herren- und Damen-Garderoben
Schnellste Lieferung. Billige Preise

Großer Schuhverkauf
zu Engrospreisen an Jedermann
Wiesbaden, Schwalbacherstraße 14
Reinmann.



Erdal
Je größer
die Dose, desto vor-
teilhafter der Kauf, Je besser
der Schuhputz, desto
länger halten die Schuhe!
Spare durch
Erdal
Mainz / Jülich / Bonn / Koblenz / Albstadt / Vöhringen / Hildesheim

Damen-Mantelstoffe
reine Wolle,
Belour de Laine in allen Farben.
Schwarzer Samt
sehr preiswert.
Stückweiser und meterweiser Verkauf.
Mainz, Fischtorstraße 12, I.

Unter Garantie
des Einstampfens
**kaufe Geschäftsbücher, Akten, Briefe,
Zeitschriften u.**
Ihr Alteisen, Metalle sämtl. Sorten Lumpen
zahlte hohe Preise.
Verkauf von Polier- und Putzlappen
Telephon 498 **Chr. Bucha, Mainz**, Rentengasse 4

Pelzwaren
I für
Weihnachten
Annahme von
Neuanfertigungen
Umarbeitungen
und Reparaturen.
Kürschner D. Brandts, **WIESBADEN**,
Langgasse 39, I
Auch Ankauf und Gerben von Fellen aller
Art wie Hasen, Kanin, Zickel, Füchse, Marder,
Iltisse usw.